

Inhalt

Januar/Februar 2007

Vorwort, Vorstellung Markus Ryll	2
Termine, Protokoll der letzten beiden Mitgliederversammlungen	3
Bundesdelegiertenkonferenz	6
Laufzeitverlängerung AKWs, GRÜNE enttäuscht über Wahl	7
Global Marshall-Plan	8
Aus der Karlsruher Gemeinderatsfraktion:	
• Übersicht über neue Initiativen, Sonnenhilfe spendet für Sozpädal	10
• Bürgermeisterwahl, Absage des Landes zur Kombilösung	11
• GRÜNE lehnen KMK-Businessplan ab	12
Aus der Landtagsfraktion:	
• Badische Kulturgüter, Schülerrückgang, Pädagogische Zentralbibl.	13
• Fairer Handel, Umweltmanagement, Naturschutzleitlinien, Gentechnik	14
• PFT-Belastung, Kombilösung	15
• Seltene Waldgesellschaften, Entwicklungszusammenarbeit, Presse	16
Aus der Bundestagsfraktion:	
• Brief von Sylvia, deutsche Energiekonzerne nicht zukunftsfähig	17
• REACH, Kein Gift unterm Weihnachtsbaum	18
• taz-Interview, Biokunststoffe	19
Kontakte	20

Liebe Mitglieder!

Was für ein Start ins neue Jahr! Mit einer spitzenmäßig besuchten rot-grünen Veranstaltung diskutierte ein Verfechter des „Global Marshall Plan“, Prof. Dr. Radermacher, seine Vorstellungen einer ökosozialen Weltwirtschaft mit den Abgeordneten, Mitgliedern und Sympathisanten der Karlsruher Grünen und der SPD. Aus seiner Sicht stehen die SPD (soziale Gerechtigkeit) und die Grünen (Ökologie) für die zwei wichtigsten Komponenten jener nachhaltigen Rahmenbedingungen, die eine „Welt in Balance“ schaffen können. Versierte Grüne setzen natürlich zum Protest an, wenn unsere Politik auf das Thema Ökologie verkürzt dargestellt wird. Prof. Radermacher wird dies jedoch gern verzeihen, wenn er in klarer und überzeugender Sprache Urgrüne Forderungen in den Bereichen Umweltschutz und Nachhaltigkeit und insbesondere Klimaschutz in eine globale Vision einfügt, die Rot und Grün bescheinigt, ganz *auf der richtigen Seite* zu kämpfen. Nutzen wir diesen Elan zum Jahresanfang und setzen uns weiterhin für eine Politik der Nachhaltigkeit ein!

Eins wird hierbei schnell deutlich: globale Ziele erreicht man durch lokales Handeln. Zum Jahresende 2006 mussten wir lokal leider eine Niederlage einstecken – mit der Besetzung des einflussreichen Dezernats für Wirtschaft und Finanzen hat es nicht geklappt. Die Wahl zur Nachfolge des Bürgermeisters Groh ist ganz knapp für die Bewerberin der CDU ausgefallen. Die Reaktion der Presse auf die Grü-

ne Kandidatur war jedoch durchweg sehr positiv! Viele hätten uns nicht zugetraut, dass wir einen kompetenten und geeigneten Gegenkandidaten ins Rennen schicken. Trotz der Niederlage haben wir für kommende Wahlen hoffentlich etwas gewonnen. Selbst der Oberbürgermeister musste zugestehen, dass die Grünen bei der Besetzung der Karlsruher Bürgermeister nicht länger außen vor gelassen werden können. Damit kann ein kleiner Schritt getan werden, Grüne Ideen und Ideale in die oberste Verwaltungsspitze zu bringen. Lokales Handeln also, mit globalen Zielen.



Hier noch der Hinweis auf eine ganz andere lokale Handlung: am Samstag, 3.2.2006 wollen wir zu einem Grünen Fest einladen! Mehr dazu in diesem Rundbrief.

Der Kreisvorstand wünscht einen guten Start ins neue Jahr!

Anke Weidlich

P.S. zum Weiterlesen: Global Marshall Plan: www.globalmarshallplan.org

Nachlese und Presseschau zur Bürgermeisterwahl: www.gruene-karlsruhe.de/index.php?id=3200

Hallo Freundinnen und Freunde,

nun bin ich seit knapp 2 Monaten im Vorstand des Karlsruher Kreisverbands und möchte hier die Gelegenheit nutzen, mich noch einmal allen vorzustellen.

Auf der November-MV wurde ich von Euch zum Nachfolger von Christian Brugger gewählt.

Ich bin 22 Jahre alt und habe bis zu meinem 20. Lebensjahr in Stuttgart gewohnt. Während meiner Schulzeit habe ich einige Jahre unsere Schülerzeitung herausgegeben und war in der Schüler-mit-Verantwortung aktiv. Wichtig war mir auch die Arbeit in der katholischen Gemeinde Salvator in Stuttgart, in der ich unter anderem das Jugendhaus verwaltet habe. Nach dem Abitur war ich als Zivildienstleistender im Stuttgarter Hospiz im Bereich Pflege eingesetzt. Diese Zeit war für mich sehr lehrreich und prägend.



Nach Karlsruhe bin ich im Sommer 2005 gezogen, um hier mein Studium der Mechatronik an der hiesigen Berufsakademie zu beginnen. Mein ausbildender Arbeitgeber ist das Forschungszentrum Karlsruhe, in dem ich am Institut für Angewandte Informatik angestellt bin.

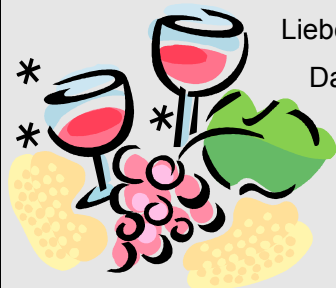
Wohnhaft bin ich in der Südstadt unweit des Bahnhofs.

Meine besonderen Interessen gelten der Energiepolitik, der Klimapolitik und dem Asylrecht.

Ich hoffe, dass ich die Grünen in Karlsruhe bereichern und ein würdiger Nachfolger von Christian sein werde.

Zu erreichen bin ich über die Homepage der Karlsruher Grünen oder über Markus.Ryll@online.de. Ich freue mich über jede E-Mail und beantworte gerne alle Fragen.

Liebe Grüße, Euer Markus



Liebe Mitglieder!

Das neue Jahr 2007 wollen wir dieses Mal mit einem Fest begrüßen. Nach ereignisreichen Zeiten mit vielen Wahlen und politischen Veranstaltungen gibt es

gar keinen so rechten Anlass für ein **Grünes Fest**. Das soll uns jedoch nicht daran hindern, alle Mitglieder und Freunde des Grünen Kreisverbands

am Samstag, den 3.2.2007 ab 20 Uhr

zum quatschen, essen, trinken und feiern ins **Grüne Büro, Sophienstraße 58**, einzuladen! Für Musik und Getränke wird gesorgt sein, ein Rahmenprogramm ist in Planung. Wir möchten Euch bitten, das Buffet mit Euren ganz speziellen kulinarischen Köstlichkeiten zu bereichern. Ach ja und wenn jeder noch für sich Geschirr und Besteck mitbringen würde, können wir auf teures Leihgeschirr und ressourcenverschwendendes Einweggeschirr verzichten.



Wir freuen uns auf zahlreiches Kommen!

Regionalkonferenz des Landesverbands

In vier Foren stehen die Themen Ökologie, Grundsicherung, Frauenpolitik und Rechtsextremismus im Mittelpunkt und sollen diskutiert werden.

am Samstag, 10.02., 10:30 - 17 Uhr

Ort: Tagungszentrum der Telekom, 70569 Stuttgart, Universitätsstraße 34

Regionalkonferenz Forum Frauenpolitik Männer-Frauen Gender

Grüne Konzepte für die Geschlechterpolitik im 21. Jahrhundert

Ulrike Maier (Sprecherin der LAG FrauenPolitik) (Moderation)

Dr. Robert Habeck (Landesvorsitzender GRÜNE Schleswig-Holstein)

Astrid Rothe-Beinlich (Frauenpolit. Sprecherin und Landessprecherin GRÜNE Thüringen)

Julia Seeliger, Grüne Jugend und Mitglied im Parteirat

Olli Hildenbrand, Grüne Jugend Ba-Wü

Themenschwerpunkte:

- Die Zukunftsfähigkeit vorhandener Beziehungs- und Familienmodelle
- Geschlechterrollen in der Arbeitswelt der Zukunft

Mitgliederversammlung jeden 2. Mittwoch im Monat um 20:00 im „Viktoriagarten“, Viktoriastr. 7

Die Februar - MV ist am Mittwoch, 14.02.07

Tagesordnung:

- * Entlastung des Vorstands für das Jahr 2005
- * Vorstellung Landesarbeitsgemeinschaften (LAG)/Bundesarbeitsgemeinschaften (BAG)
- * Wahl zur LAG Frauen und weiteren LAGs
- * Finanzantrag: Besuch eines Vertreters der polnischen Grünen (Übernahme Fahrtkosten)
- * Bericht aus dem Landtag (angefragt)
- * allgemeine politische Debatte

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 6.12.2006

Um 20.10 Uhr eröffnet Michael Gast die MV in der Durlacher Festhalle.

1. Sylvia Kotting-Uhl zu „1 Jahr schwarz-rote Umweltpolitik“

Obwohl Merkel früher einmal Umweltministerin war, kümmert sie sich kaum um die Umweltpolitik.

Umweltminister Gabriel ist ein rhetorisches Talent, die Umweltpolitik ist aber nicht sein Herzensthema (er scheint mehr auf eine baldige Kanzlerkandidatur aus zu sein).

Aus den zwei vorgenannten Punkten folgt, dass die Umweltpolitik in der großen Koalition nicht so leicht unterzubringen ist.

Bisher ist der Klimawandel Gabriels Hauptthema, um andere Themen kümmert er sich nicht so stark (z.B. die Chemikalienrichtlinie REACH – dabei hat er die Umweltinteressen in Brüssel „lasch“ vertreten). Wegen der deutschen Blockadehaltung wurde REACH ohne Substitutionszwang verabschiedet.

Die Föderalismusreform wurde ohne eine klare Verteilung der Umweltkompetenzen durchgezogen (kein Umweltgesetzbuch mit verbindlichen Regeln).

Der deutsche Allokationsplan (Zertifikatehandel) ist ein „Geschenkgutschein für die Kohlewirtschaft“, es werden zu viele Verschmutzungsrechte verteilt, er ist selbst der EU nicht ehrgeizig genug.

Der Temperaturanstieg durch die CO₂-Emissionen soll auf 2°C begrenzt werden, dies ist aber mit den bisher geplanten Maßnahmen nicht zu schaffen.

Gabriel baut auf CCS (Carbon Capture and Storage). Diese Technologie ist aber wenn überhaupt nicht vor 2030 flächendeckend einsetzbar – besser wäre es deshalb auf die regenerativen Energien zu setzen (Photovoltaik, Windkraft usw.). CCS wirft Speicher- und Transportschwierigkeiten auf.

Gabriel meint, wer die Kohle nicht stützt, muss auf Atomkraft setzen.

Atomkraft ist die teuerste Energieform (wenn man die Subventionen hinzurechnet).

Die Grünen setzen auf Energieeinsparung und regenerative Energien, zukunftsfähige Mobilität und Landwirtschaft.

Island und Schweden haben schon eigene „Weg vom Öl“-Strategien, die aber auf Deutschland nicht gut übertragbar sind (Island: heiße Quellen, Schweden: Atomstrom).

Metro würde gerne gentechnikfreie Bioplastik-Produkte vertreiben, das Problem ist, dass „gentechnikfrei“ noch nicht zugesichert werden kann.

Für Deutschland würden im Inland angebaute Biokraftstoffe nicht reichen, ohne Importe ginge es nicht.

Der Preis für Biokraftstoffe und Bioplastik-Produkte ist zur Zeit noch höher.

Der Temperaturanstieg verlangt eine Anpassungsstrategie – vor allem für die ärmsten Länder, nicht so sehr innerhalb Deutschlands.

Es wird eingeworfen, dass die 2°C Temperaturanstieg weltweit ganz unterschiedlich verteilt wären, was zu noch mehr Problemen in bestimmten Regionen führt.

Franz Alt sagte in seinem Vortrag zur „Solarstadt Karlsruhe“, dass bis 2050 theoretisch zu 95% regenerative Energien verwendet werden könnten.

40 Länder haben weltweit das EEG-Gesetz übernommen, das die Rot-Grüne Bundesregierung verabschiedet hat, für diese Länder war also Deutschland in Umweltfragen ein Vorbild – dies droht jetzt mit der schwarz-roten Umweltpolitik wieder verloren zu gehen.

2. Manfred Schubnell: "Noch 6 Türchen bis zur Bürgermeisterwahl"

Manfred meint, es bleibt bis zum 12.12. spannend.

Die CDU glaubt immer noch, das Vorschlagsrecht für den Bürgermeister-Posten zu haben, sie hat aber mit Herrn König und Herrn Eidenmüller ihr Vorschlagsrecht verbraucht.

Laut Gemeindeordnung sind die Grünen im Recht.

Die Grünen wollen Nachhaltigkeit auch im Haushalt.

Manfred will auch ein vernünftiges Flächenmanagement durchsetzen, bei dem bestehende Gebäude und Flächen besser genutzt werden, anstatt immer neue Firmen auf der grünen Wiese anzusiedeln.

Ein grüner Bürgermeister ist kein "Knecht Ruprecht" für die Wirtschaft.

Es kommt auf die Stimmen der KAL und der FDP an.

Die grüne Bürgermeister-Kampagne war bisher erfolgreich – vor allem weil alle Grünen geschlossen hinter Manfred stehen.

Die grüne Gemeinderatsfraktion hat zusammen mit der SPD mit der KAL gesprochen, die KAL hat sich aber noch nicht entschieden.

3. Berichte von der LDK:

Harald: Es gab eine Resolution für das durchgestrichene Hakenkreuz.

Ulrike: Daniel Mouratidis wurde zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Insgesamt gab es ein "ausgewogenes Abstimmungsverhalten".

Ute: Die Teilnahme an der LDK war insgesamt sehr interessant. Der Karlsruher KV ist in seinen Ansichten ziemlich homogen. Es gab Unterschiede in den Ansichten zwischen dem badischen Teil und dem württembergischen Teil.

Alex: Der Karlsruher KV war sehr präsent, auch weil Sylvia im Landesvorstand war. Es gab sehr

enge Ergebnisse. Alex' Antrag gegen die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen wurde angenommen.

Christian: Außer der Daniel Mouratidis-Wahl gab es kaum spannende Tagesordnungs-Punkte.

4. Berichte von der BDK:

Ulrike: Das neue Logo ging vorher schon an die Presse. Es gab einen Umweltantrag zu den Emissionen. Zum Afghanistaneinsatz wurde beschlossen, dass es eine Kommission zu Auslandseinsätzen geben soll. Die Parteivorsitzenden Roth und Bütikofer bekamen beide einen Denkkettel. Winfried Kretschmann wurde in den Parteirat gewählt.

Sylvia:

Hat einen Antrag für eine Null-Emissions-Strategie bis Mitte des Jahrhunderts gestellt.

Keine Kohlekraftwerke ohne CCS.

Gaskraftwerke auf Biogas umschalten.

Hat einen Antrag gegen eine Verlängerung des Afghanistan-Mandats gestellt – dieser wurde aber abgelehnt.

Christian:

Eine "neue Radikalität" bei den Grünen ist zwar scheinbar gewünscht, hat sich aber nicht durchgesetzt.

Die Beitragsumlage-Erhöhung des Bundesverbands wurde abgelehnt.

Beim Afghanistan-Thema gab es eine eindeutige Mehrheit für den Einsatz.

5. Verlängerung des BNN-Abos:

Das BNN-Online-Abo, das ca. 142 € im Jahr kostet, ist ein wichtiges Arbeitswerkzeug für den Vorstand. Die Verlängerung des Abos wurde bei einer Enthaltung fast einstimmig beschlossen.

6. Allgemeine politische Debatte

Um den 13. Dezember herum soll der Antrag der EnBW zur Verlängerung der Laufzeit des Atom-Meilers Neckarwestheim erfolgen. Dazu wird eine Pressemitteilung vom Landesverband verfasst. Man sollte wenn möglich auch Aktionen vor Ort durchführen (eventuell vor der EnBW-Zentrale).

Am Montag, dem 8.1., um 19:30 Uhr im IBZ (Kaiserallee 12) findet eine Veranstaltung von Grünen und SPD zum Global Marshal Plan mit Professor Radermacher statt.

Sylvia meint, der KV solle seine Mitgliederversammlungen auf die sitzungsfreie Zeit im Bundestag legen, damit sie öfter zur MV kommen kann.

Um 22.15 Uhr beschließt Michael Gast die Mitgliederversammlung

Protokoll: Thomas Krause

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 10.1.2007

Leitung: Anke Weidlich

1. Bericht von der Bürgermeisterwahl

Zusammenfassung durch Anke Weidlich: Manfred verlor die Wahl im 2. Wahlgang knapp mit 2 Stimmen weniger. Trotzdem ist dies ein beachtliches Ergebnis.

Die Gemeinderatsfraktion und der Vorstand bedanken sich noch einmal herzlich für die Kandidatur Manfreds.

Allgemeine Diskussion: Michael Gast stellt die Frage in den Raum, welche Gründe die KAL für ihr Votum für Frau Mergen gehabt hat.

Bettina Lisbach berichtet über den Vorstoß der KAL, einen neuen Bürgermeisterposten zu schaffen, für den die FDP ein Vorschlagsrecht haben sollte.

2. Vortrag von Ulrike Maier zu "Fremd in Deutschland – Migranten der 3. Generation"

Situation: 19 % der Bevölkerung in Deutschland haben einen Migrati-

onshintergrund, davon 9% ohne dt. Staatsangehörigkeit. Die 3. Generation ist in der Gesellschaft sehr schlecht integriert.

Ursachen:

- Gastarbeiter blieben („Man holte Arbeiter, aber es kamen Menschen“)
- Heterogene Migrantengruppen
- Diskriminierung der Migranten

Daraus folgt ein Teufelskreis aus Ablehnung und Abschottung junger Migranten der 3. Generation

Maßnahmen:

- Sprachförderung insbesondere bei den Müttern
- Kinder früh, individuell und unabhängig von der Herkunft fördern
- „Wir & Ihr – Denken“ aufgeben

Beratungsstellen in Karlsruhe:

- Amt für Ausländer- & Staatsangehörigkeitswesen
- Büro für Integration
- Ausländerbeirat

3. Termine

- Grünes Fest am 03.02 im Grünen Büro. Vorher findet ein Neumitglieder-Treffen statt.
- Politischer Frühschoppen am 21.01. im Café Palaver zum Thema „Warme Wohnung, aufgeheiztes Weltklima?“
- Regionalkonferenz in Stuttgart am 10.02. mit folgenden Arbeitsgruppen:
 - Ökologie
 - Frauenpolitik
 - Grundeinkommen / Grundsicherung
 - Rechtsradikalismus

4. Suche nach einem Polnisch-Dolmetscher

Für die März-MV wird noch nach einem Polnisch-Dolmetscher gesucht. Dazu bitte im Grünen Büro oder bei Michael Gast melden.

Protokoll: Markus Ryll

26. Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen

1.-3. Dezember 2006, Kölnmesse, Köln-Deutz, Für einen radikalen Realismus in der Ökologiepolitik

Knapp 800 Delegierte hatten sich vom 1.-3.12. in Köln zur 26. Bundesdelegiertenkonferenz zusammengefunden. Es war die erste BDK seit 18 Jahren, auf der die Delegierten frei von jeder Regierungsverantwortung diskutierten. Diese BDK stand ganz unter dem Zeichen eines neuen radikalen Realismus in der Ökologiepolitik. Die Mottos der Transparente am Eingang lauteten „Umweltschützenverein“ und im Saal selbst: „Grüner ist besser“. Bereits am Freitagabend kam es zu einer „dramatischen“ Abstimmung: Die Parteiführung stellte den Delegierten ein neues Logo vor, das aber leider nur geteilte Zustimmung fand. Das lag nicht nur am Design, sondern auch am Prozedere: Die Delegierten hatten offensichtlich eine andere Vorstellung davon, wie sie bei einem Entscheidungsprozess von dieser Tragweite einbezogen werden. Ganz schlecht kam es bei vielen Delegierten an, dass der Schriftzug Bündnis 90 auf einen kleinen Zusatz zusammengeschrumpft war – das fanden auch viele „Westgrüne“ nicht fair. Um eine schriftliche Abstimmung, die eine klare Niederlage bedeutet hätte, zu umgehen, empfahl Reinhard Bütikofer, das Ganze noch einmal zurückzuziehen und neu zu überdenken.

Am Samstag standen die u.a. von Winne Hermann und Sylvia Kotting-Uhl initiierten Leiteträge zur Umweltpolitik auf dem Programm. Während Reinhard Loske in seiner Rede einen neuen Realismus in der Ökologiepolitik forderte, konnte sich ein weitergehender Antrag ebenfalls von Sylvia Kotting-Uhl und anderen nicht durchsetzen, der eine Null-Emissionsstrategie verfolgte. So blieb es dann bei der Befürwortung von Gas- aber keinen neuen Kohlekraftwerke mehr ohne CO₂-Abscheidung und -Lagerung. Weitere Beschlüsse im Bereich Umweltpolitik waren ein Antrag auf City-Maut der Grünen Jugend und ein Antrag, der die

Fortsetzung des Atomausstiegs forderte, ebenfalls mit Unterstützung von Sylvia Kotting-Uhl. Bei den Haushaltsanträgen konnte sich der Bundesvorstand nicht mit seinem Antrag auf Erhöhung der Beitragsumlage durchsetzen, dafür wurde beschlossen, die Kampagnenfähigkeit der Partei mit einem Klimaschutz-Euro zu stärken.

Bei den satzungsändernden Anträgen wurde die Möglichkeit einer Auslandsmitgliedschaft sowie die Möglichkeit einer Mitgliedschaft auf Probe beschlossen. Des Weiteren wurde eine Überarbeitung des BAG Statuts angenommen. Nach den Wahlen der RechnungsprüferInnen erfolgte die Wahl des Bundesvorstands, Reinhard Bütikofer und Claudia Roth hatten sich erneut ohne GegenkandidatInnen zur Wahl gestellt und erhielten – diesmal übrigens mit elektronischer Stimmabgabe - 71,8, bzw. 66,5%. In den Parteirat gewählt wurden u.a. Reinhard Loske (73,9%), Jürgen Trittin (73,8%), Bärbel Höhn (72,4%), Tarek al Wazir (71,9%), Renate Künast, Theresa Schopper, Rebecca Harms, Fritz Kuhn, Volker Beck, Fritz Kuhn Winfried Kretschmann und nach einer überzeugenden Überraschungs-Bewerbungsrede Julia Seeliger, die sich als ämterloses Basismitglied empfahl.

Am Samstagabend fand – nach einem Auftritt der rosa-Funken, die den wehrlosen Volker Beck in ein rosa Wams zwängten - in einem der Lofts in den Messehallen eine schwungvolle Party mit Livemusik statt, die feucht fröhlich bis zum frühen Morgen andauerte.

Am Sonntagmorgen ging es zügig weiter mit den Anträgen zur sozialen Sicherung. Die Anträge „Für eine emanzipatorische Sozialpolitik – Für einen ermutigenden Sozialstaat“, „Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik besser verbinden“, „Erarbeitung des Konzepts „Reform der Sozialsysteme“ und „Mindestlohnregelungen jetzt einführen!“ wurden beschlossen. Es folgte die

Diskussion über Anträge zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft, beschlossen wurde die Agenda für ein demokratisches und handlungsfähiges Europa. Bei der Diskussion um Perspektiven für Afghanistan kam es zu einer heftigen Debatte, es wurde einmal mehr deutlich, dass beim Thema Beteiligung an Auslandseinsätzen alte Wunden aufgerissen wurden. Der Bundesvorstand konnte sich nach langer, erhitzter Debatte mit seinem Antrag „für eine erfolgreiche Afghanistanpolitik“ durchsetzen. Der Änderungsantrag der Parteilinken, eingebracht von Christian Ströbele und unter Mitautorenschaft von Sylvia Kotting-Uhl, fand keine Mehrheit. Dieser Antrag forderte eine Auseinandersetzung mit einer Ausstiegsstrategie – wurde jedoch von einigen GegenrednerInnen als Aufforderung zum sofortigen Abzug der Truppen interpretiert, was eindeutig falsch war.

Den Abschluss bildete der Beschluss eines Antrags des BuVo zum G8-Gipfel, der dieses Jahr im Juni unter der Schirmherrschaft der Kanzlerin in Heiligendamm stattfindet. In diesem Antrag wurden etliche Forderungen an die G8-Präsidentschaft gestellt, die eine gerechte, sozial und ökologisch ausgerichtete Globalisierung zum Ziel haben. Kritisiert wird, dass die G8 nicht unbedingt die Verhältnisse und Bedürfnisse aller Staaten auf der Welt repräsentieren und sie daher auch nicht alleine vertreten sollten.

Eine Forderung übrigens, die Prof. Dr. Dr. Radermacher in der Veranstaltung am 8. Januar in Karlsruhe mit den Worten umschrieb: Die Menschen, die in den G8 Staaten leben, können ihre Regierungen frei wählen. Der Rest der Welt muss aber mit den G8 Beschlüssen leben.“ Alle Ergebnisse und Beschlüsse der BDK unter

www.gruene.de/cms/default/rubrik/9/9920.beschluesse.htm

Ulrike Maier

Pressemitteilung vom 14.12.2006

Protest gegen Laufzeitverlängerung für AKW Neckarwestheim I

Am gestrigen Mittwoch demonstrierten Bürgerinnen und Bürger gegen die erwartete Beantragung der Laufzeitverlängerung für AKW Neckarwestheim I durch die EnBW.

Nach dem mit der früheren Bundesregierung geschlossenen Atomkonsens sollte das 30 Jahre alte AKW 2009 abgeschaltet werden. Die Beantragung der Übertragung von Strommengen eines neueren Kraftwerks auf Neckarwestheim I, um dieses länger betreiben zu können, ist ein allzu durchsichtiges Manöver, um kein Atomkraftwerk in dieser Legislaturperiode vom Netz nehmen zu müssen. Mit dieser Verzögerungstaktik versucht die Atomindustrie, alle Vorteile des Atomkonsenses, wie z. B. die Genehmigung von Zwi-



schenlagern, jetzt nutzen zu können und sie versucht, die Gegenleistung in Form der Abschaltung von Atomkraftwerken aber auf die nächste Legislaturperiode zu verschieben in der Hoffnung, sie unter anderen politischen Rahmenbedingungen dann nicht mehr erbringen zu müssen.

In einer engagierten Rede wies Harry Block darauf hin, dass bei alten Atomkraftwerken durch Materialermüdung die Risiken von Störfällen steigen. Dies würde in Kauf genommen für eine millionenschwere Profitsteigerung der Unternehmen, wenn abgeschriebene Kraftwerke länger laufen dürften. Außerdem sieht er eine Renaissance der Atomkraft: In meh-

rerer Ländern Europas werden derzeit wieder neue Atomkraftwerke geplant.

Frau Ulrike Maier, Persönliche Mitarbeiterin von MdB Sylvia Kotting-Uhl, wies auf die Kampagne „Atomausstieg selber machen“ hin. Dabei werden BürgerInnen aufgefordert, ihren Beitrag zum Ausstieg zu leisten, indem sie die Konzerne, die Atomkraftwerke betreiben, boykottieren.

Die Demonstranten übergaben der EnBW eine von BürgerInnen sowie PolitikerInnen aus Bundes- und Landtag unterzeichnete Resolution, in der die Abschaltung von AKW Neckarwestheim I spätestens zum vorgesehenen Zeitpunkt 2009 gefordert und auf die Risiken und Nachteile einer Verlängerung der Laufzeit hingewiesen wird.

Sabine Just-Höpfinger, Kreisvorsitzende GRÜNE Karlsruhe

Pressemitteilung vom 12.12.2006

Grüne enttäuscht über Entscheidung des Gemeinderats

Bei der Wahl zur Nachfolge des Wirtschafts- und Finanzbürgermeisters Groh ist der Grüne Kandidat Manfred Schubnell seiner CDU-Mitbewerberin Mergen unterlegen. Der Kreisvorstand und die Gemeinderatsfraktion werden trotz der Niederlage weiter engagiert für eine Politik arbeiten, die Ökologie, Ökonomie und Soziales miteinander verbindet.

„Enttäuschend war jedoch das Verhalten der KAL, die sich vor der Bürgermeisterwahl nicht klar geäußert hatte“ sagt zur Wahl Anke Weidlich vom Kreisvorstand der Grünen. „Wie sie letztendlich gestimmt haben, wissen wir nicht. Dennoch fragt man sich, warum Schubnell für sie nicht der klare Favorit war, da er in ökologischen, sozialen und auch kulturellen Fragen deutlich aufgeschlossener gewesen wäre für die Forderungen, die die KAL in ihrem letzten Kommunalwahlprogramm gestellt hat.“

Mit Schubnell hatten die Grünen einen hervorragend geeigneten Kandidaten ins Rennen geschickt. Das durchweg positive Medienecho und die Reaktion der SPD wie auch der BüKa auf Schubnells Nominierung bestätigen, dass die Befürchtung der CDU, „ein Ruck nach Grün wäre dem wirtschaftlichen Klima Karlsruhes nicht zuträglich“ jeglicher fachlicher Grundlage entbehrt. Dass die CDU mit ihrem schwachen Auftritt während der Bürgermeisterwahl dennoch Erfolg hatte, ist für Karlsruhe kein gutes Signal!

Die Grüne Gemeinderatsfraktion zeigt sich ebenfalls betrübt: „Auch wenn der Anspruch der Grünen auf ein Bürgermeisteramt in der Gemeindeordnung nur in Form einer Soll-Vorgabe besteht und nicht eingeklagt werden kann, hätten wir von den Stadträten ein stärkeres demokratisches Verständnis erwartet“ äußert sich Fraktionssprecher Klaus Stapf. „Die Bürgermeis-

ter sollen entsprechend ihrer Vertretung im Gemeinderat besetzt werden. Das heißt im Klartext, dass die Grünen das Vorschlagsrecht für ein Dezernat haben. Für spätere Bürgermeister-Besetzungen ist dieser Anspruch nun umso eindeutiger.“

Schubnell hat aufgrund seiner Expertise als Chef des Finanzamts die Kandidatur zur Nachfolge für das Groh-Dezernat angetreten. Sein Resümee nach der Wahl: „Bei meinen Gesprächen mit zahlreichen Gemeinderatsmitgliedern und Vertretern der Stadt habe ich für meine Kandidatur sehr viel positives Feedback erhalten. Dass die Grünen auch einen Bürgermeister stellen sollen, ist für mich nach wie vor unbestritten. Ich wünsche dem nächsten Grünen Kandidaten daher viel Erfolg!“

Für den Kreisverband Karlsruhe von Bündnis 90/Die Grünen

Sabine Just-Höpfinger und Anke Weidlich

Global-Marshallplan Podium mit Prof. Dr. Dr. Franz Josef Radermacher

Seit 1995 ist Radermacher Mitglied und ab 2000 Sprecher des "Global Society Dialogue" des Information Society Forums der EU. Franz Josef Radermacher ist zudem Mitglied des Club of Rome sowie Präsident des Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft e.V. und hat einige Beratungsfunktionen für die deutsche Bundesregierung und die Regierung des Landes Baden-Württemberg inne.

Auf dem Podium: Sylvia Kotting-Uhl, MdB GRÜNE, Johannes Jung, MdB SPD, Dr. Gisela Splett, MdL GRÜNE, Johannes Stober, MdL SPD

In Ihrer Begrüßungsrede machte Sylvia Kotting-Uhl auf Probleme der Globalisierung aufmerksam. Während früher in den ärmsten Entwicklungsländern viele Kinder im Kleinkindalter gestorben seien, würden sie heute dank besserer medizinischer Versorgung überleben. Mit extremem Bevölkerungswachstum seien jedoch die sozialen Systeme in vielen Ländern überfordert, die Wasser- und Nahrungsressourcen reichten nicht aus und die Menschen sterben an Hunger, verseuchtem Wasser oder den Folgen von Aids. Ein großes Problem sei auch der Bildungsmangel, vor allem von Frauen. Als Hauptverantwortliche für die Kindererziehung und die Weitergabe kultureller Werte seien sie wichtige Multiplikatoren und ihr Zugang zu Bildung eine Grundvoraussetzung für die Weiterentwicklung der Gesellschaften. Die zunehmend durch den Klimawandel bedingte Migration mit den bekannten Folgen wie z.B. dem Flüchtlingseid Afrikanischer MigrantInnen trage ebenfalls dazu bei, dass der größte Teil der Menschheit nichts von den Errungenschaften der hoch entwickelten Zivilgesellschaften habe.

Rahmenbedingungen

Franz Josef Radermacher begann seinen Vortrag mit einem Beispiel

aus der Sozialpsychologie: Als bei einem Essen mit Studenten vereinbart wurde, dass jeder selbst zahlt, wurde deutlich weniger verzehrt, als bei einem 2. Essen, bei dem die Kosten umgelegt werden sollten. Es sind also die Rahmenbedingungen die einen entscheidenden Einfluss auf das Handeln haben – selbst wenn sich die Akteure frei von jeglicher Beeinflussung wähnen. Die Diskussion über eine soziale und ökologische Globalisierung muss daher in erster Linie eine Diskussion über die Rahmenbedingungen sein: wer eine bestimmte Sicht auf die Welt wirklich durchsetzen will, muss ein bestimmtes Framing durchsetzen. Handlungsleitend ist dabei die Frage, wie ein adäquater Weltmarkt im Bezug auf die Menschenrechte aussehen muss.



Oft besteht eine Diskrepanz zwischen den Absichtserklärungen und dem Handeln von PolitikerInnen – eine Hidden Agenda die letzten Endes das Gegenteil von dem bewirkt, was vereinbart wurde. Ein weiteres Phänomen aus der kognitiven Psychologie besteht in der Möglichkeit, Zusammenhänge durch Häufiges Negieren derselben im Unterbewusstsein zu verfestigen („Denk jetzt nicht an einen Elefanten“). Je häufiger die Bush-Administration z.B. nach dem 11.9. beteuerte, dass es keinen Zusammenhang zwischen Saddam Hussein und Al Quaida gegeben habe, um so mehr verfestigte sich die Vorstellung der Menschen, dass es da doch eine Verbindung gegeben haben müsse. Al

Gore hat in einer seiner Reden das Wahrheitsproblem wie folgt umschrieben: eine Unwahrheit wird nicht wahrer dadurch, dass man sie so oft wie möglich verbreitet, genauso wie eine Wahrheit nicht weniger wahr ist, wenn sie nur selten geäußert wird.

Medikamente gegen Verschmutzungsrechte?

Auf den ersten Blick sei die Arroganz der industrialisierten Länder gegenüber den Entwicklungsländern unerträglich. Aus einer rein ökonomischen Perspektive betrachtet aber auch verständlich. Zwar hätten die technisch hoch entwickelten Länder den Entwicklungsländern Flugzeuge und Penicillin gebracht. Es sei aber nicht die Rede davon gewesen, dass dies die Menschen in den Entwicklungsländern berechtige, genauso viel CO₂ zu emittieren wie ein Europäer oder Amerikaner. Allerdings hätte man darüber auch frühzeitig verhandeln müssen nach dem Motto „Medikamente gegen Co₂ Ausstoßverzicht“ – eine „Unterlassungs-sünde“ der Industrienationen, die es gewohnt sind, den meisten Dreck auf der Welt zu machen. Eine Lösung könnte ein weltweiter Emissionshandel sein.

Demokratie

Im nächsten Beitrag beschäftigte sich F.J. Radermacher mit dem Demokratiebegriff: Warum hat eine Demokratie einen sozialen Ausgleich? Ganz einfach – weil die Benachteiligten und Frustrierten über kurz oder lang einer Regierung an die Macht helfen, die ihre Interessen vertritt. Deshalb kann es in einer Demokratie auch nicht im Sinne der Regierung sein, die Anzahl der Benachteiligten zu groß werden zu lassen. Global gesehen leben wir in einer weltweiten Demokratie, in der alles -Güter, Rohstoffe, Geld- in Bewegung ist, außer den Armen selbst, die darüber hinaus auch kein globales Stimmrecht haben. In Ländern mit

starkem sozialem Gefälle gibt es zunehmende Tendenzen der Abschottung Reich gegen Arm, man spricht in diesem Zusammenhang von gated communities. Der Zaun zwischen den USA und Mexiko, der Zaun zwischen Israelis und Palästinensern oder der (virtuelle) Zaun zwischen Afrika und Europa sind prominente Beispiele. Im letzteren Fall hat sich zur Abschottung auch eine Unkultur des „Nichtinsehens“ entwickelt: da nach europäischem Rechtsverständnis jeder zur Hilfestellung verpflichtet ist, der Menschen in Not sieht wird einfach nicht mehr hingeschaut: wer nichts sieht, braucht auch nicht zu helfen.

Präsident Bush hat ein ganz anderes Demokratieproblem in der Welt ausgemacht und zwar die Tatsache, dass Irak und China noch keine Demokratien sind. Spätestens hier stellt sich die Frage: wann macht eine Demokratie Sinn? Wenn ein Land z.B. unter WTO-Bedingungen reich werden will, sollte es möglichst keine Demokratie sein – Beispiel China. Ein Demokratieproblem kann man auch ganz anders beschreiben: z.B. die Tatsache, dass gut 50% der Amerikaner Bush gewählt haben, dass aber 6,5 Milliarden Menschen mit dieser Wahl leben müssen. Dies gilt natürlich auch für die G8 Länder, deren Regierungen zwar von der jeweiligen Bevölkerung gewählt wird – aber auch hier muss der Rest der Welt damit leben.

Effizienz der Entwicklungshilfe

Viele Menschen fragen sich, warum die Entwicklungshilfe nicht oder nur schlecht funktioniert. Diese Frage ist absurd, wenn man ihr ein paar Zahlen gegenüberstellt: Der Amerikanische Militäretat ist

z.B. 300 mal größer als der gesamte UN Etat. Die deutsche Wiedervereinigung hat genauso viel gekostet, wie die von Deutschland ausgehende Entwicklungshilfe. Die Wiedervereinigung hat bekanntermaßen nicht besonders gut funktioniert – warum sollte es bei der Entwicklungshilfe anders sein?

Es gibt jedoch einige Projekte, die sehr gut funktionieren. Prof. Junus hat den alternativen Nobelpreis für ein so einfach wie effizientes System von Mikrokrediten für Frauen erhalten: mit Hilfe kleinster Kredite können sie sich eine eigene Existenz aufbauen und von ausbeuterischen Systemen unabhängig machen. Dieses „institutional design“ ist übrigens nichts Neues: auch die Raiffeisengenossenschaften waren ursprünglich eine Art Selbsthilfeorganisation vieler Kleinunternehmer, um gegen die Übermacht des Kapitals bestehen zu können. Das Beispiel zeigt, dass Probleme lösbar sind – wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Länder mit einem ausgewogenen Sozialsystem sind allerdings nicht mehr interessant für Eliten, deren Reichtum sich immer auch in der Relation zur Armut der anderen misst. In Brasilien ist es nicht ungewöhnlich, viel Personal zu haben. Menschen, die herunkommandiert werden, tragen jedoch nicht zur Wertschöpfung bei. Eine „Brasilianisierung“ der Welt, d.h. eine Segmentierung in reiche Herrscher- und arme Dienerländer

ist daher nicht erstrebenswert, sondern vielmehr eine Demokratisierung, wie sie auch in Europa am Ende eines langen historischen Prozesses entstanden ist.

Wenn die Rahmenbedingungen auf der Welt aber so bleiben wie sie sind, - und dazu gehört auch das institutional design Basel 2 – wenn also Reiche wesentlich leichter an Kredite herankommen als Arme, die sie vielleicht nötig hätten um Wert-schöpfende Existenzen aufzubauen, sieht es schlecht aus. Das Millenniumsziel der 191 Regierungen, bis 2015 allen Kindern auf der Welt eine Schulausbildung zu ermöglichen, würde 100 Milliarden Dollar kosten, das entspricht etwa 0,2% vom Welt-BIP – aber auch dem Vermögenszuwachs der 700 vermögendsten Familien der Welt. Um die bestehende Situation weltweit zu verbessern, könnten z.B. Finanztransaktionen besteuert werden oder es müsste bei der WTO durchgesetzt werden, dass nur noch Waren gehandelt werden, die zu fairen Konditionen hergestellt wurden.

Auf die Frage, was jeder Einzelne tun kann, verweist F.J. Radermacher auf die Homepage des Global Marshall Plan, die Vorschläge enthält – für Menschen mit viel und für Menschen mit weniger Zeit.

Ulrike Maier

Weiterführende Links:

www.globalmarshallplan-karlsruhe.de
de.wikipedia.org/wiki/Franz_Josef_Radermacher



"... steht den Mitgliedern nun eine neue, moderne Couchgarnitur zur Verfügung. Mit ihrem eleganten **Grau** bringt sie neue **Farbe** in den legendären JUKeller."

aus "CDU-Intern" Karlsruhe, 10/2006

Aus der Karlsruher Gemeinderatsfraktion

Neue Anträge und Anfragen

- | | |
|---|--|
| 14.11. Einführung des Gemeinnützigen Bildungsjahres (GBJ) in Karlsruhe | 30.11. Jährliche Berichterstattung – Eingliederungsmaßnahmen im SGB II-Bereich |
| 14.11. Orientierungsplan Bildung und Erziehung in Tageseinrichtungen für Kinder - Umsetzung | 13.12. Bedarf an Veranstaltungshallen in Karlsruhe |
| 14.11. Mehrgenerationen-Wohnprojekt – mit FDP/Aufbruch | 13.12. Keine betriebsbedingten Kündigungen beim Konzern Karlsruhe |
| 21.11. Luftreinhalte-Aktionsplan für Karlsruhe | 19.12. Farbkonzepte Schulräume |
| 30.11. Erfolgsbilanz und Auswirkungen von 1-Euro-Jobs | 19.12. Kosten der Nordtangente Ost |
| | 22.12. Entlastung der Kaiserstraße nach Rückzug des Landes aus Finanzierung Kombi-Lösung |

Pressemitteilungen gab es außer zu den genannten Anfragen und Anträgen noch zu folgenden Themen:

- | | |
|---|---|
| 05.12. Buga-Chance für Klima- und Luftqualität nutzen | 21.12 Zur Absage des Landes gegenüber der Kombi-Lösung |
| 15.12. GRÜNE lehnen KMK-Business-Plan ab | 08.01.07 Lagerpolitik der Karlsruher Liste erschwert inhaltliche Zusammenarbeit |

Die Anträge, Anfragen und Pressemitteilungen im Wortlaut sind unter

www1.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion

zu finden bzw. können im Fraktionsbüro angefordert werden.

Förderverein „Sonnenhilfe“ spendet für Sozpädal

Schon das zweite Mal in diesem Jahr kann der Verein Sonnenhilfe aus den Sonnenstromerträgen der vergangenen Monate ein soziales Projekt unterstützen.

Am vergangenen Donnerstag überreichten Bettina Lisbach und Dr. Dorothea Polle-Holl in der Beratungsstelle für wohnungslose Frauen in der Scheffelstr. 37 den Mitarbeiterinnen von Sozpädal Renate Fischer und Melanie Kalff einen Scheck von 1000 Euro. Das Geld wird dringend benötigt, um Kinderbetreuungsprojekte für die Frauen und Kinder, die im Vorderhaus aus der Wohnungslosigkeit vorübergehend eine Bleibe gefunden haben, vor allem in den Ferien durchzuführen. Neben angeleiteten Spielen sind gemeinsame Museums-, Zoo- und Schwimmbadbesuche geplant, die



den oft vom Schicksal sehr strapazierten Familien neue Lebensfreude und Beschäftigungsmöglichkeiten aufzeigen sollen. Bereits im vergangenen Sommer initiierte Ferienprojekte dieser Art fanden regen Zuspruch und sollen deshalb fortgesetzt werden.

Der gemeinnützige Verein, der von Grünen Karlsruher Stadträtinnen und Stadträten gegründet wurde,

investierte mit den Aufsichtsratsgeldern seiner Mitglieder im Jahr 2005 in eine Solaranlage auf dem Dach der HWK, mit der Zielvorgabe, sowohl Klimaschutz zu betreiben, als auch mit dem Stromerlös soziale Projekte und Gruppen zu unterstützen. Geplant ist, die Anlage in den nächsten Jahren zu vergrößern und auch nach weiteren „Sonnenhilfe“-Dächern Ausschau zu halten. Hierzu werden derzeit Sponsoren gesucht. Neben den Erträgen aus Solarerlösen freut sich der Verein auch über neue Mitglieder sowie Spenden, die direkt und in vollem Umfang den sozialen Projekten zugute kommen.

www.sonnenhilfe.de

Kto 108 008 871, BLZ 660 501 01
(Sparkasse Karlsruhe)

Pressemitteilung vom 08.01.2007

Grüne: Lagerpolitik der KAL erschwert inhaltliche Zusammenarbeit

Mit Unverständnis reagiert die Grüne Gemeinderatsfraktion auf die jüngsten Äußerungen der Karlsruher Liste über ein zusätzliches Dezernat, für das die KAL den Liberalen ein Vorschlagsrecht einräumen will.

„Die Karlsruher Liste lässt dabei die Gemeindeordnung, der zufolge die Parteien und Wählervereinigungen nach dem Verhältnis ihrer Sitze im Gemeinderat berücksichtigt werden sollen, völlig außer acht“, kritisiert Stadträtin Bettina Lisbach den Vorstoß der KAL. „Der FDP steht nach dieser Soll-Vorgabe das Vorschlagsrecht für ein weiteres Dezernat definitiv nicht zu. Wir fragen uns schon, was die

KAL mit diesem einseitigen Votum zugunsten der FDP eigentlich bezweckt.“

Nach Ansicht der Grünen sprechen sowohl das Abstimmungsverhalten der KAL bei der Wahl der CDU-Wirtschaftsbürgermeisterin sowie die jüngsten Äußerungen zur Besetzung eines zusätzlichen Dezernates durch die Liberalen für einen Wechsel in das konservativ-bürgerliche Lager. Inwieweit dieser Auswirkungen auch auf die inhaltliche Politik der KAL habe, sei derzeit noch schwer abzuschätzen.

„Bei den knappen Mehrheiten im Gemeinderat ist die KAL natürlich oft das Zünglein an der Waage.

Von ihrem Abstimmungsverhalten hängt viel ab. Deshalb werden wir uns weiterhin um eine konstruktive Zusammenarbeit mit der KAL auf einzelnen Themenfeldern, wie z. B. bei der Nordtangente und der zweiten Rheinbrücke bemühen“, sagt Bettina Lisbach. „Die derzeitige Lagerpolitik der Karlsruher Liste erschwert diese Kooperation aber zunehmend.“

Für die Grünen sei die Einrichtung eines zusätzlichen Dezernates aktuell kein Thema, heißt es abschließend in der Pressemitteilung. Spekulationen über die Besetzung eines nicht vorhandenen Dezernates seien derzeit völlig fehl am Platze.

Pressemitteilung vom 21.12.2006

Grüne Gemeinderatsfraktion Karlsruhe zur Absage des Landes gegenüber der „Kombi-Lösung“

Wenig überraschend kam für die Grünen im Gemeinderat der negative Entscheid des Landes gegenüber der Kombi-Lösung:

„Ein solches Kathedralen-Projekt passt einfach nicht in die Zeit der leeren öffentlichen Kassen“, so Tim Wirth, verkehrspolitischer Sprecher der Fraktion. Vorhandenes Geld müsse sinnvoll in den Erhalt und Ausbau des ÖPNV in der Fläche investiert werden und nicht in einzelnen Milliardengräber versickern, deren Nutzen jeweils knapp unter der Messbarkeitsgrenze liege, erläutert der Stadtrat. „Das gilt für die Karlsruher 'Kombi-Lösung' - aber genauso für Stuttgart 21“.

Zwar ist auch für die Grüne Gemeinderatsfraktion ersichtlich, dass das negative Signal aus der Landeshauptstadt ein weiteres Glied in einer Kette von Entscheidungen ist, die den badischen Landesteil benachteiligen. In dieser Kritik sind sich die GRÜNEN einig

mit anderen politischen Kräften. Anders als diese sehen die Grünen im Karlsruher Gemeinderat die Absage des Landes aber auch als eine Riesenchance für die Stadt: „Wenn nun entschlossen gehandelt, und alle Energien in die Erschließung sinnvoller Entlastungsstrecken für die Kaiserstraße gesteckt werden, können die Bürger/innen dieser Stadt endlich die lang ersehnte Entschärfung der Situation in der Kaiserstraße und die Entwicklung der Kriegsstraße zur Stadtstraße erleben!“

Die Diskussion um neue Finanzierungsmodelle sehen die Grünen eher als Rituale der Gesichtswahrung, für OB Fenrich und die Landesregierung. „Wenn private Unternehmen mitmachen, müssen die ÖPNV-Nutzer/innen zusätzlich noch für deren Gewinnmarge aufkommen. Ohne Gewinnerwartung wird sich kein Unternehmen beteiligen. Dies schrumpft den öffentli-

chen Nutzen des ganzen Projekts noch mal – was übrig bliebe wäre ein Prestigeprojekt – mit nicht absehbaren materiellen Folgen für unsere Stadt, über Jahrzehnte hin. Das wäre ein Danaergeschenk an die Bürger/innen zum Stadtgeburtstag.“

Angesichts vieler bisher für die betroffenen Kommunen selten gut verlaufender PPP-Projekte halten es die Grünen für abwegig, den Bürger/innen ein derartiges Risiko aufzuerlegen.

Die Grüne Gemeinderatsfraktion appelliert nachdrücklich an den Oberbürgermeister Heinz Fenrich, seine blockierende Haltung gegenüber konstruktiven und realisierbaren Nahverkehrslösungen aufzugeben: „Jetzt noch Geld und Zeit in eine Arbeitsgruppe zu investieren, die krampfhaft nach Finanzierungsmöglichkeiten für ein überkommenes Konzept sucht, ist blanker Unsinn!“, konstatiert Tim Wirth.

Pressemitteilung vom 15.12.2006

Grüne lehnen KMK-Business-Plan ab

„Nachdem Oberbürgermeister Fenrich die Zahlen des Business-Plans der KMK für die Jahre 2007 bis 2011 anlässlich der letzten Gemeinderatssitzung am 5. Dezember veröffentlicht hat, können nun endlich auch wir dazu Stellung nehmen“, so der Sprecher der Grünen Gemeinderatsfraktion Klaus Stapf.

Allerdings kritisieren die Grünen, dass nur das bloße Zahlenwerk der vielseitigen Business-Planes veröffentlicht wurde: „Wir haben natürlich Verständnis, dass – um sich vor Konkurrenz zu schützen – keine Zahlen einzelner Messen und Veranstaltungen veröffentlicht werden. Aber im Businessplan stehen auch einige weitere Prämissen und Bedingungen, die die Stadt Karlsruhe betreffen und die für uns die Gründe zur Ablehnung liefern. Leider bleiben diese aufgrund der Geheimhaltetaktik der Verwaltungsspitze in nicht öffentlichen Sitzungen des Aufsichtsrates und des Hauptausschusses den interessierten Bürgerinnen und Bürgern verschlossen.“ In beiden Gremien haben die Grünen Vertreter den Businessplan abgelehnt.

Die Zahlen selbst sehen für die

nächsten 5 Jahre Verluste der KMK in Höhe von 53 Mio. Euro vor und zeigen erneut das Ausmaß der katastrophalen Fehlentscheidung (zu groß, zu teuer, am falschen Ort) zum Bau der neuen Messe. Mit dem jetzt aktualisierten Businessplan gestehen die damaligen Verfechter, OB Fenrich und der jetzt scheidenden Wirtschaftsdezernent Groh nun nach Meinung der Grünen indirekt ihre Fehleinschätzung zu.

„Ein für die Stadt sehr teurer Fehler“, bilanziert Stapf, der die neuen Planungen für optimistisch hält und eher noch höhere Fehlbeträge befürchtet. „Unsere Kritik gilt nicht der KMK“, erklärt Stapf, „die Belegschaft bemüht sich nach Kräften, engagiert und qualifiziert das Beste aus politisch völlig falsch eingeschätzten Randbedingungen zu machen. Der neue Geschäftsplan zeigt endlich realistisch die Möglichkeiten unter den vorhandenen Konditionen auf.“

Enttäuscht sind die Grünen von den Ergebnissen der von OB Fenrich eingesetzten Gutachter: „Hier wurde zu viel Geld für Resultate ausgegeben, die wirtschaftlich zu wenig bewirken. Wir hätten der

Geschäftsleitung um Geschäftsführer Böse ohne weiteres zuge-
traut, diese Resultate auch ohne fremde Hilfe zu erzielen.“

Außerdem fehle bei der Arbeit der Gutachter die Ausarbeitung und Darstellung alternativer Szenarien zum vorliegenden hochdefizitären Businessplan, so Klaus Stapf weiter, ein in der freien Wirtschaft übliches Vorgehen. Angesichts der immensen Zuschüsse hätte dabei auch eine Privatisierung oder Abwicklung der Messe als vergleichende Szenarien nicht tabuisiert werden dürfen. Aber auch die Rückgabe der von der KMK nicht mehr benötigten Nancyhalle an die Stadt und das unrealistische Refinanzierungsmodell wurden im Plan der Gutachter nicht berücksichtigt.

Zur Erklärung:

1. Die Stadt vermietet die Nancyhalle an die KMK. Diese Mietkosten belasten das KMK-Ergebnis, obwohl die KMK die Halle nicht mehr nutzt.
2. Die KMK leistet Refinanzierungszahlen zum Neubau einer Messe in den späten 2030er Jahren.

V.i.S.d.P. Klaus Stapf – Hebelstr. 13 – 76133 Karlsruhe

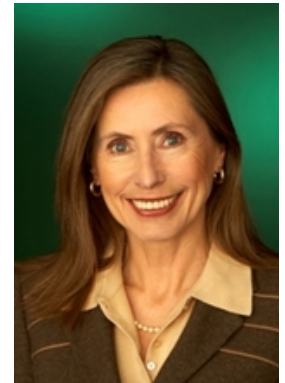


Gisela Splett

Aus der Landtagsfraktion

Verkauf badischer Kulturgüter beschäftigt die Landtagsfraktionen weiterhin

Der von der Landesregierung geplante Verkauf badischer Kulturgüter beschäftigt weiterhin den Landtag. Inzwischen sind einige Anträge der GRÜNEN Landtagsfraktion durch die Regierung beantwortet; weitere Anträge insbesondere zur Zähringer-Stiftung und zur Rolle des Graf Douglas wurden gestellt. Der von der SPD-Fraktion beantragte Untersuchungsausschuss wurde unter „Aushöhlung“ des parlamentarischen Minderheitenschutzes durch die Regierungskoalition abgewendet.



Renate Rastätter

Mehr Details:

Antwort auf den Antrag: „Sicherung der Handschriftensammlung der Badischen Landesbibliothek“
www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0343_D.PDF

Antwort auf den Antrag: „Die rechtliche Stellung der Zähringer-Stiftung“
www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0507_D.PDF

Antrag: „Neubenennung des Vertreters der Landesregierung im Stiftungsrat der Zähringer-Stiftung“
www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_0743.html

Pressemitteilung der Fraktion: „Verbrieftes Recht der Opposition nicht ohne Not in Frage stellen“
www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/161/161030.verbrieftes_recht_der_opposition_nicht_o.htm

Pressemitteilung: „Landesregierung verhindert Aufklärung“
www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/164/164122.juergen_walter_landesregierung_verhinder.htm

Plenarprotokoll: Redebeitrag Jürgen Walter
www3.landtag-bw.de/Wp14/Plp/14_0016_14122006.pdf (Seite 48 -51)

Renate Rastätter: Schülerrückgang als Herausforderung annehmen

Die demographische Entwicklung mit dem dramatischen Schülerrückgang stellt die Politik in vielen Bereichen vor neue Herausforderungen. Angesichts der Verschiebung der Alterspyramide, dem drohenden Fachkräftemangel und den steigenden Qualifikationsanforderungen der Wissensgesellschaft hat für uns Grüne der Grundsatz Priorität: Kein Kind darf verloren gehen. Wir müssen alle Schülerinnen und Schüler optimal fördern.

Eine gravierende weitere Folge der demographischen Entwicklung ist die Bedrohung von Hunderten von Schulstandorten. Dies ist für uns Grüne neben dem Ziel der besseren individuellen Förderung ein weiterer Grund, das dreigliedrige Schulsystem im Land zu überwinden. Nur mit Basisschulen und Regionalschulen wird in vielen Regionen ein wohnortnahes und qualitativ gutes Schulangebot möglich sein.

Mehr Details:

Antwort auf den Antrag: „Konsequenzen aus der demographischen Entwicklung für Schulstandorte und Schulstruktur“
www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0519_d.pdf

Schulen brauchen Entwicklung - Bildungspakt 2016

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dokbin/158/158873.bildungspakt_2016.pdf

Renate Rastätter kämpft für Erhalt der pädagogischen Zentralbibliothek (PZB)

Durch die Presse sind die Pläne der Landesregierung bekannt geworden, die Pädagogische Zentralbibliothek des Landesinstituts für Schulentwicklung zu schließen. Als Gründe wurden aufgeführt, dass die Bibliothek nicht zu den gesetzlich verankerten Aufgaben

des Landesinstituts gehört und die Stellensparauflagen durch das Land zu erfüllen seien.

Die bereits seit 60 Jahren bestehende Bibliothek mit ihrer pädagogischen Spezialliteratur ist für die Aus- und Weiterbildung von ange-

henden LehrerInnen, Lehrkräften, SonderpädagogInnen und ErzieherInnen von großer Bedeutung. Mehr Details:

Antrag: „Erhalt der pädagogischen Zentralbibliothek (PZB)“
www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0592_d.pdf

Gisela Splett fordert Fairen Handel in Landesbehörden

Landesregierung lehnt entsprechende Regelungen für Auftragsvergabe ab

In einem Antrag fordert Gisela Splett beim Vergaberecht neben der Wirtschaftlichkeit der Angebote und der Eignung der Unternehmen auch das Kriterium: "Achtung internationaler Normen" zu prüfen und dadurch ausbeuterische Kinderarbeit zu ächten (Bericht Grüner Rundbrief 12/ 2006). Aus der Antwort der Landesregierung geht

hervor, dass sie Regelungen zum Ausschluss von Produkten, die mit ausbeuterischer Kinderarbeit erzeugt wurden, für diskriminierend und ungerechtfertigt hält.

Mehr Details:

Antrag: "Öffentliches Beschaffungswesen ohne ausbeuterische Kinderarbeit"

www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0508_D.PDF

Presse „Keine Vergabe von Aufträgen für Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit“

www.gruene-bw.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/348_20_12_Sp_Kinderarbeit.pdf

Gisela Splett für Umweltmanagement in Landtag und Landesbehörden

Im Umweltplan hat sich das Land selbst das Ziel gesetzt, seine Behörden flächendeckend gemäß der EG-Öko-Audit-Verordnung zu zertifizieren und darauf hinzuwirken, dass das Öko-Audit auch in den Kommunalverwaltungen breite Anwendung findet. Nachdem Baden-Württemberg in der Vergangenheit in Sachen Öko-Audit einmal führend war, sind die Bemühungen inzwischen leider erlahmt. Nur noch zwei Landesbehörden, nämlich das Umweltministerium und die LUBW nehmen am Zertifizierungssystem teil.

In ihrer Antwort teilt die Landesregierung mit, dass sie vor dem Hintergrund knapper werdender Haushaltsmittel, künftig verstärkt auf Überzeugungsarbeit setzt. Um den bislang erreichten hohen Verbreitungsgrad von Umweltmanagementsystemen in den Kommunen des Landes weiter auszubauen, arbeitet die Landesregierung derzeit gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden an einem Konzept zur Weiterentwicklung des kommunalen Öko-Audits.

Im Umweltausschuss konnte eine Zusage der Ministerin erreicht wer-

den, dass sie ihre Ressortkollegen bzgl. Öko-Audit in Landesbehörden anschreiben wird. Außerdem wird der Vorsitzende des Umweltausschusses ein Schreiben an das Präsidium des Landtags richten, in dem er zum Ausdruck bringt, dass der Umweltausschuss ein Öko-Audit für den Landtag begrüßen würde.

Mehr Details:

Antrag: „Landtag und Behörden umweltfreundlich fit machen“

www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0520_D.PDF

Gisela Splett: Was ist aus Naturschutzleitlinien des Landes geworden?

Der Ministerrat 1999 die Leitlinien der Naturschutzpolitik gebilligt und damit das 1989 beschlossene „Gesamtkonzept Naturschutz und Landschaftspflege“ ergänzt. Die Landesregierung wollte damit nach eigenem Bekunden zum Ausdruck bringen, dass sie auch in schwierigen Zeiten auf eine effektive und zukunftsorientierte Naturschutzpolitik setzt.

Sieben Jahre später sind die Leitlinien nur Insidern bekannt. Die von der Landesregierung selbst gesetzten Ziele sind bei Weitem nicht erreicht worden. Die Grünen fordern deshalb verstärkte Anstrengungen, um den Artenschwund bis 2010 zu stoppen.

Mehr Details:

Antrag: "Naturschutzleitlinien fortschreiben"

www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0568_D.PDF

Presse: „Im Naturschutz hat die Landesregierung ihre selbst gesteckten Ziele bei weitem nicht erreicht“:

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/162/162191.im_naturschutz_hat_die_landesregierung_i.htm

Heimliche Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen

Nach nunmehr bekannt gewordenen Informationen wurden in den Jahren zwischen 1998 und 2004 in Baden-Württemberg ohne Kenntnis der Öffentlichkeit durch ver-

schiedene Auftraggeber Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Maispflanzen durchgeführt. Zwar bestand in den Jahren keine gesetzliche Verpflichtung zur Ver-

öffentlichung dieser Anbauversuche, dass diese Versuche aber in aller Heimlichkeit durchgeführt wurden, lässt einige Fragen aufkommen.

Im Gebiet des Mittleren Oberrhein waren die Gemeinde Lichtenau im Landkreis Rastatt und Menzingen (Kraichtal) im Landkreis Karlsruhe betroffen.

Durch die Möglichkeit von Auskreuzungen der gentechnisch veränderten Organismen im Freiland konnte es zum Auftreten der Organismen in den Ernten anliegender Betriebe, der Bienenzucht oder im Wildpflanzenbereich kommen. Dies kann aufgrund der strengen Lebensmittelbestimmungen, insbesondere auch bei zertifizierten Biobetrieben und Saatgutbetrieben, zu erheblichen wirtschaftlichen Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Betriebe führen sowie den Schutz der Verbraucher in ihrem Recht auf Selbstbestim-

mung bei der Wahl gentechnikfreier Lebensmittel beeinträchtigen.

Mit mehreren Anträgen soll geklärt werden wo und wann die Versuche stattfanden, ob die Behörden und Anlieger vor Ort informiert wurden und inwieweit auf Auskreuzungen des Umfelds kontrolliert wurde.

Mehr Details:

Antrag: " Genmais-Anbauversuche in Aulendorf 1998-2002"

www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0572_D.PDF

Antrag: " Anbauversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzensorten in Baden-Württemberg vor 2005"

www.landtag-bw.de/WP14/drucksachen/Txt/14_0675.html

Presse: „In mindestens elf Gemeinden wurde Genmais angebaut“

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/157/157837.in_mindestens_elf_gemeinden_wurde_genmai.htm

Presse: „Grüne verlangen Auskunft von der Landesregierung über geheime Genmaisversuche“

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/157/157339.gruene_verlangen_auskunft_von_der_landes.htm

Presse: „Rastätter und Splett empört über heimliche Anbauversuche innerhalb der „Gentechnikfreien Region „Mittlerer Oberrhein“

www.gruene-bw.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM_Genmais_off.pdf

Gisela Splett: PFT-Belastungen in Baden-Württemberg?

Während andernorts (z.B. in Norwegen) perfluorierte Tenside schon lange ein Thema sind und sich auch das EU-Parlament schon seit längerem mit diesen toxischen und sehr langlebigen organischen Schadstoffen beschäftigt ist, steht die Auseinandersetzung mit dieser Stoffgruppe in Baden-Württemberg noch am Anfang. Während es im Sommer insbesondere um mögliche Einträge in die Umwelt durch Ausbringung

PFT-belasteter Klärschlämme ging (hierzu gab es Funde in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen), rückte das Thema PFT in Abwässern im Herbst in den Vordergrund.

Auch wenn bisher keine spektakulären Funde aus Baden-Württemberg bekannt wurden, sind solche für die Zukunft nicht auszuschließen. Das Thema wird uns in jedem Fall noch weiter beschäftigen.

Mehr Details:

Antrag: " Belastungen von Gewässern und Böden mit perfluorierten Tensiden"

www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0313_D.PDF

Kleine Anfrage: "Eintrag von perfluorierten Tensiden in Gewässer"

www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0580_D.PDF

Aktueller Stand des Verkehrsprojekts Kombi-Lösung Karlsruhe

Geplanter Landesanteil an den Kosten steht nicht zur Verfügung

Bis zur Entscheidung über die Zuschussanträge wurde mit großem Aufwand am Projekt „Kombi-Lösung“ gearbeitet, ohne dass gleichzeitig auch Alternativen zur Verbesserung der Verkehrssituation in der Karlsruher Innenstadt weiterverfolgt wurden. Die Aussicht auf die Tunnelbaumaßnahme blockierte somit die Entwicklung und Aufwertung der Innenstadt. In-

zwischen steht fest, dass das Land die Kombilösung nicht bezuschussen wird. Durch unsere kleine Anfrage 14/590 wussten wir schon vor der endgültigen Absage aus Stuttgart, dass mit einer Finanzierung kaum zu rechnen war.

Mehr Details:

Kleine Anfrage: "Aktueller Stand des Verkehrsprojekts Kombi-Lösung Karlsruhe"

www3.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0590_D.PDF

Presse: "Antwort der Landesregierung auf Anfrage der Grünen lässt Förderzusage unwahrscheinlich erscheinen"

www.gruene-bw.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM_KA_Kombi-loesung.pdf

Grüne fordern Erhaltung von selten gewordenen Waldgesellschaften

Still und leise haben einige der früher ausgewiesenen Schon- und Bannwälder im Land ihren Schutzstatus verloren. So ist es jedenfalls drei Schonwäldern im Hardtwald bei Karlsruhe ergangen. Sie waren 1988 zum Schonwald erklärt worden. Nach der Novellierung des Landeswaldgesetzes im Jahr 1995 hat es die Forstverwaltung ver-

säumt, sie per Verordnung neu zu sichern, so dass 2005 der Schutzstatus verloren ging. Wie viele Bann- und Schonwälder entgegen der Zielsetzung der Forstverwaltung, alle bestehenden Waldschutzgebiete zu sichern, landesweit auf diese Art und Weise „verschwunden“ sind, soll nun per Antrag geklärt werden. Mehr Details:

Antrag: „Erhalt von Schon- und Bannwäldern“

www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_0703.html

Presse: „Grüne fragen: wo sind unsere Schonwälder im Hardtwald hin?“

www.gruene-bw.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM_Schonwaelder_off.pdf

Gisela Splett: Bericht zu Entwicklungszusammenarbeit des Landes gefordert

Nachdem die Grüne Fraktion schon in der letzten Legislaturperiode einen Bericht über die Entwicklungszusammenarbeit des Landes beantragt hatte, dieser

aber noch nicht vorliegt, haben wir nun nochmals nachgehakt.

Mehr Details:

Antrag: „Vorlage des Berichts zur Entwicklungszusammenarbeit des Landes“

www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0712_d.pdf

Weitere Pressemitteilungen

Rahmenbedingungen für Jugendbegleiter verbessern

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/157/157828.rahmenbedingungen_fuer_jugendbegleiter_v.htm

Grüne wenden sich gegen separate Hochbegabtenzüge

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/157/157974.gruene_wenden_sich_gegen_separate_hochbe.htm

Der Beschluss der Berliner Regierungskoalition ist ein schwerer Rückschlag für schwerstabhängige drogenkranke Menschen und für die notwendige Weiterentwicklung des Drogenhilfesystems

www.gruene-bw.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/Heroinabgabe_Aus_24_11_06.pdf

Rastätter: Für ein neues Berufsbild Schulleiter mit Masterstudiengang

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/159/159497.rastaetter_fuer_ein_neues_berufsbild_sch.htm

Rastätter und Splett kritisieren die Schließung der Sparkassen-Informatik (SI)

www.gruene-bw.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM_Sparkassen-Informatik.pdf

Grüne fordern Dialog mit Studierenden

www.gruene-bw.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PMStudiengebuehrenboykott_Ka.pdf

Grüne Landtagsabgeordnete kritisiert Planung für Autobahnanschluss des Baden-Airparks

www.gruene-bw.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/Presse_Autobahnanschluss_Baden-Airpark.pdf



MdB Sylvia Kotting-Uhl

Wahlkreisbüro Karlsruhe, Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe
 Mitarbeiterin: Ulrike Maier, Tel.: 0721 – 15 18 687, Fax: 0721 – 15 18 690
 E-Mail: sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de

Büro Berlin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
 Telefon: 030 - 227 747 42, Telefax: 030 - 227 767 42
 E-Mail: sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

Liebe Karlsruher Freundinnen und Freunde,

ein neues Jahr hat begonnen, zu dem ich euch allen noch mal alles Gute und uns allen gemeinsamen politischen Erfolg wünschen möchte. Der Start der Karlsruher Grünen mit der rot-grünen Radermacher-Veranstaltung war schon mal ein Super-Einstieg.

Die Bundestagsfraktion hat wie immer das Jahr mit der Klausur in Wörlitz begonnen. Schwerpunkte der dortigen Debatte waren die grüne Wirtschaftspolitik und Familienpolitik. Nachdem die ersten gesetzten Botschaften nach Erscheinen des Wirtschaftspapiers einen Ruck ins Neoliberale vermuten lassen konnten, herrschte in Wörlitz schließlich Konsens darüber, dass "die unsichtbare Hand des Marktes" nicht ohne bewusst gesetzte Rahmenbedingungen grün werden wird. Ich bin mir sicher, dass diese Einigkeit auch Ergebnis des BDK-Beschlusses zur Ökologiepolitik ist, in den (von Winne Hermann und mir auf den Weg gebrachte) Anträge aufgenommen wurden, die genau das - politisch gesetzte Rahmenbedingungen - für den Markt fordern. (Nahtlos anschließend an Prof. Radermacher)

Zur Familienpolitik gab es eine längere Debatte über die Frage, ob Familie trotz der neuen grünen Definition "Familie ist dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung übernehmen" so positiv-rosig gezeichnet werden dürfe, wie das im Einleitungstext der AutorInnengruppe der Fall war - und völlig ignorieren dürfe, dass Familie auch ein Ort der Hölle sein kann.

Beide Papiere wurden debattiert, aber nicht beschlossen, sondern werden weiter bearbeitet. Zum Dritten wurde noch mal ausführlich die energiepolitische Frage "Übergangstechnologien - Ja oder Nein" debattiert. Einer der eingeladenen Referenten - Prof. Schmidt von der Uni Kassel - führte ein von ihm durchgerechnetes Szenario vor, das bereits 2030 auf fossile (atomare sowieso) Energie vollständig verzichtet. Wind und Biomasse sind seine Torstürmer, die Photovoltaik kommt spät, dann aber mit Macht.

Für uns Grüne gilt der BDK-Beschluss - Gas ja, aber keine neuen Kohlekraftwerke mehr ohne CCS (CO₂-Abscheidung und -Lagerung). Für mich ist der Beschluss in Ordnung - vom Erdgas lässt sich in nahezu denselben Strukturen zum Biogas übergehen. Die spannende - offen gebliebene! - Frage ist aber, ob wir auf Kohlekraftwerke mit CCS setzen wollen. (Um es gleich zu sagen - und bei Gelegenheit gern ausführlicher: ich nicht!) Die Bundestagsfraktion wird das weiter diskutieren und ebenso die gerade neu aufgelegte LAG Ökologie des Landesverbandes. Ich freue mich auf die Debatte - sie ist hochspannend und jeden Streit wert.

Bis bald
 Herzliche Grüße, eure

PRESSEMITTEILUNG 21.12.06

Vertrag ist Vertrag / Deutsche Energiekonzerne nicht zukunftsfähig

Anlässlich des Antrags auf Laufzeitverlängerung des Alt-Atommeilers Neckarwestheim erklärt Sylvia Kotting-Uhl, umweltpolitische Sprecherin und Karlsruher Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen:

Der heute gestellte Antrag auf Laufzeitverlängerung von Neckarwestheim entlarvt auch die EnBW als Wortbrecher. Die Stromkonzerne brechen den Ausstiegsvertrag und demonstrieren erneut ihre Unfähigkeit, sich den Herausforderungen einer zukunftsfähigen

Energieversorgung zu stellen.

Utz Claassen, Vorstandsvorsitzender von EnBW und Betreiber von Neckarwestheim verkündete noch in der Welt am Sonntag: "Ich habe immer gesagt, es ist eine Frage des Anstands, sich an das zu hal-

ten, was verhandelt, vereinbart und unterschrieben wurde.“

Claassen hält nicht Wort. Wortbrecher sind nicht vertrauenswürdig, Energiekonzerne nicht zukunftsfähig. Entgegen den Bemühungen der Konzerne, Atomstrom als mo-

derne Energieform darzustellen, zeigen neueste Statistiken, dass weltweit die Zahl der Atomkraftwerke zurückgeht. Atomkraft ist keine Zukunftstechnologie, sondern eine Hochunsicherheitstechnologie.

Wir fordern die Stromlobby auf, sich schleunigst vom Verlängerungskurs für ausgediente Schrottemeiler zu verabschieden. Wir akzeptieren kein einseitiges Aufkündigen gültiger Verträge und Gesetze. Die Stromversorgung Deutschlands ohne Atomstrom ist möglich.

PRESSEMITTEILUNG 13.12.2006

REACH - Hoher Preis für niedrige Umwelt- und Gesundheitsstandards

Anlässlich der heutigen 2. Lesung des europäischen Parlamentes zur Neuordnung des europäischen Chemikalienrechtes REACH, erklärt Sylvia Kotting-Uhl, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion:

Nach mehreren Jahren intensiver Beratung zur neuen EU-Chemikalienpolitik hat sich am Ende die Chemielobby durchgesetzt. Von einem der ambitioniertesten europäischen Umweltgesetzesvorhaben ist letztlich nur ein fauler Kompromiss geblieben. Dieser nutzt Umwelt und Gesundheit wenig, eine nachhaltige Entwicklung der europäischen Chemieindustrie wird nicht in Gang kommen.

Für den heute verabschiedeten Kompromiss zahlen Umwelt und Verbraucher einen hohen Preis. Mit REACH wird die Neuzulassung von Chemikalien zukünftig deutlich erleichtert, ohne dass die seit Jahren auf dem Markt befindlichen - und zum Teil gefährlichen Chemi-

kalien – endlich ausreichend geregelt werden. Viele der auf dem Markt befindlichen Stoffe werden nach wie vor nicht ausreichend erfasst, besonders gefährliche Chemikalien dürfen zukünftig auch dann weiterverwendet werden, wenn es bereits unbedenklichere Alternativen gibt. Die jüngsten Funde von gefährlichen Chemikalien wie PFT in Böden, Trinkwasser und Fischen zeigen jedoch eindringlich, dass gefährliche Chemikalien ganz ersetzt werden müssen. Keine Chemikalie der Welt lässt sich wirklich angemessen kontrollieren.

Es ist besonders bedauerlich, dass im Beratungsverfahren zu REACH immer wieder zwischen Wirtschafts- und Umweltinteressen ein Widerspruch aufgebaut wurde, der angeblich nur zu Lasten von Umwelt- und Gesundheit gelöst werden konnte. So wurde im Verlaufe des europäischen Gesetzgebungsverfahrens der Verordnungsent-

wurf von der Vorlage bis heute immer weiter zu Gunsten kurzfristiger wirtschaftlicher Ziele abgeschwächt. Dabei hat auch die schwarz-rote Bundesregierung eine unrühmliche Rolle gespielt, in dem sie den Interessen der Großindustrie Vorrang eingeräumt hat vor dem Schutz der Gesundheit und Umwelt. Wenn Bundesumweltminister Sigmar Gabriel den heutigen Kompromiss zu REACH als vernünftigen und tragfähigen Kompromiss begrüßt, wird schnell klar, dass von seiner vor wenigen Wochen angekündigten Notwendigkeit eine ökologischen Industriepolitik außer großen Worten nichts zu erwarten ist.

Am Ende steht auch die Chemieindustrie in ganz Europa als Verlierer da, da sie die einmalige Chance verpasst hat sich mit ökologischen Innovationen Standortvorteile auf den internationalen Märkten zu sichern.

PODIUM 4.12.2006

Kein Gift unterm Weihnachtsbaum

Anlässlich des Ende November gefassten Kompromisses im Streit um die EU-Chemikalienreform REACH durch die Vertreter von EU-Parlament, Rat und Kommission, hatte Sylvia Kotting-Uhl gemeinsam mit Christiane Manthey von der Verbraucherberatung Baden-Württemberg zu einer Veranstaltung „Chemie in Kinderspielzeug“ eingeladen.

Die Veranstaltung wurde von der Grünen Stadträtin Dr. Dorothea Polle-Holl moderiert. Angesichts des bevorstehenden Weihnachts-

festes wollte Sylvia Kotting-Uhl auf die Gefährlichkeit der Substanzen hinweisen, die sich nach wie vor – sogar in bekanntem Markenspielzeug wie den beliebten Überraschungseiern - befinden. „Bei der Zulassung von ca. 1500 bis 2000 hochriskanten Stoffen soll ein Plan des Herstellers festlegen, wann und wie diese Stoffe durch sicherere Alternativen (so vorhanden) ersetzt werden können. Riskante Substanzen, von denen ein "beherrschbares Risiko" ausgeht, sollen auf dem Markt bleiben können

- selbst wenn Alternativen existieren. Krebserregende, fortpflanzungsschädliche und andere gefährliche Chemikalien – und die finden sich eben massiv auch in Kinderspielzeug – dürften laut Kompromiss selbst dann weiter vermarktet und in Alltagsprodukten verwendet werden, wenn Alternativen vorhanden sind. Die Hersteller würden diese Stoffe angeblich "adäquat kontrollieren", somit bestehe keine Gefahr für Menschen und Umwelt. Darüber hinaus sollen Verbraucher/innen nur über eine

beschränkte Anzahl von Chemikalien Informationen zugänglich sein. Für unverantwortlich hält Sylvia Kotting-Uhl die Politik der großen Koalition – schließlich gehe es um die Gesundheit der Kinder, die am

wenigsten Einfluss darauf haben, in welchem Ausmaß sie Weichmachern oder giftigen Schwermetallen ausgesetzt sind. „Über die Jahre sammelt sich da ein regelrechter Giftcocktail im kindlichen Orga-

nismus an – allergieauslösend, erbgutschädigend und ein nachhaltiges Gesundheitsrisiko“. Ausführlicher Bericht unter www.karlsruhe.gruene-bw.de (Mandatsträgerinnen)

TAZ-INTERVIEW 2.12.2006

"Es geht um den Weg, nicht um das Ziel"

Der Streit um die Umweltpolitik tut den Grünen gut, meint die umweltpolitische Sprecherin Kotting-Uhl

taz: Frau Kotting-Uhl, die Grünen streiten mal wieder um die richtige Umweltpolitik. Worum geht es?

S.K-U.: Es geht um die Klimaschutzpolitik der Grünen. Wir streiten uns nicht um das Ziel, sondern um den Weg dahin. Ein Teil der Partei sagt, wir müssen zu 100 Prozent auf regenerative Energien setzen und brauchen eine Konzentration der Forschungsmittel dort. Der andere Teil sagt: Für wirksameren Klimaschutz müssen wir auch Übergangstechnologien einbeziehen - etwa Kohlekraftwerke. Dieses Lager wird von Reinhard Loske angeführt und der Spitze der Bundestagsfraktion unterstützt.

Als die Grünen 2005 eine Position zur Atommüll-Endlagerung suchten, brüskierte die Fraktion ihren profiliertesten Umweltpoli-

tiker derart, dass Loske sich zurückzog. Ist das jetzt Widergutmachung? S.K-U.: Darum geht es nicht. Damals war der Arbeitskreis Umwelt geschlossen Loskes Meinung - gegen die Fraktion. Diesmal aber ist der AK Umwelt gespalten. Es geht also nicht um das Renomee einzelner Politiker, sondern um den richtigen Weg, die größte Herausforderung unserer Zeit zu meistern.

Kritiker sagen, Realos wie Fritz Kuhn stützen Loske nur, weil sie ein neues "Fünf-Mark-fürs-Benzin"-Signal fürchten. S.K-U.: Dieser Vergleich stimmt einfach nicht! Mit dem 5-Mark-Beschluss haben die Grünen die Verbraucher bedroht - und bei den Wahlen dafür die Quittung bekommen. Diesmal geht es um die Kohlewirtschaft: Die Befürworter des Antrags von Hans-Josef Fell - zu denen ich auch gehöre - bedrohen die Kohlekonzerne. Sie setzen auf dezentra-

le, erneuerbare Energiestrukturen, also den Verzicht auf Großtechnologien. Das ist im Sinne des Verbrauchers.

Das sieht Loske anders. S.K-U.: Ich jedenfalls halte diese inhaltliche Auseinandersetzung auf dem Parteitag für gut. Die Bevölkerung war schon immer der Meinung, dass von den Grünen beim Thema Umwelt immer dasselbe kommt. Das ist jetzt zum ersten Mal seit langer Zeit nicht mehr so.

Wer wird sich durchsetzen? S.K-U.: Ich glaube, dass in großen Teilen der Basis nach Jahren an der Regierung ein Bedürfnis nach neuen Visionen da ist. Diese Visionen sollten Lust machen, wieder mehr an ökologienpolitischen Themen zu arbeiten. Ich könnte mir vorstellen, dass die Basis für diesen Weg kämpfen will.

taz Nr. 8141 vom 2.12.2006, Seite 2, 80 Interview NICK REIMER

PRESSEMITTEILUNG 22.11.2006

"Weg vom Öl" durch Biokunststoffe - Deutschland verschläft Chancen

Anlässlich der 1. European Bioplastics Conference vom 21. – 22.11.2006 in Brüssel erklärt Sylvia Kotting-Uhl, umweltpolitische Sprecherin:

Während andere europäische Länder wie England und Frankreich die Potenziale von Biokunststoffen inzwischen erkennen und hier den Pfad „Weg vom Öl“ einschlagen, verschläft Deutschland diese zukunftsfähige Entwicklung. Während Bio-Plastik in Deutschland noch immer ein Nischenprodukt ist, hat das französische Parlament schon vor einem Jahr beschlos-

sen, ab Januar 2010 nur noch Tüten aus biologischen Materialien zuzulassen.

Umweltminister Gabriel macht demgegenüber keinerlei Anstalten, in der Diskussion um die Reform der Verpackungsverordnung die Weichen hin zu erneuerbaren Ressourcen zu stellen. Angesichts der drohenden Klimakatastrophe und der Endlichkeit der fossilen Ressourcen muss es in Deutschland endlich verbindliche Vorgaben geben, um auch im Verpackungssektor aus fossilen Ressourcen auszusteigen. Die Untätigkeit der Bun-

desregierung wird auch wirtschaftlich Schaden anrichten, wenn Deutschland wieder einen sich abzeichnenden Zukunftsmarkt anderen Vorreitern überlässt.

Die 1. europäische Bio-Plastik-Konferenz in Brüssel hat eindringlich gezeigt, dass das von Bündnis 90/ Die Grünen erklärte Ziel, bis 2020 ein Viertel der erdölbasierten Kunststoffe durch nachwachsende Rohstoffe zu ersetzen erreichbar ist. Biobasierte Produkte haben längst die Forschung verlassen und sind zur Marktreife entwickelt.

BUNDESTAGSABGEORDNETE:

MdB Sylvia Kotting-Uhl (siehe Bundestags-Seiten)

LANDTAGSABGEORDNETE:

Renate Rastätter, Lenzstraße 10, 76137 KA
Tel.: 81 25 66 · Fax: 98 12 70 1
Renate.rastaetter@gruene.landtag-bw.de
Mitarbeiterin: **Gisa Raiß**
Büro Stuttgart: Tel. 0711/20 63 680, Mo, Di, Mi 9 –17 h

Dr. Gisela Splett

Breslauer Str. 43D, 76139 Ka, Tel. 96 87 18 6
Gisela.Splett@gruene.landtag-bw.de
Mitarbeiter: **Alexander Geiger**
Büro Stuttgart: Tel. 0711/20 63 966, Mo-Mi 9 –16 h

REGIONALVERBAND MITTL. OBERRHEIN:

Klaus Stapf (*Fraktionssprecher*) · Tel. 40 32 35

BÜRO DER GEMEINDERATSFRAKTION:

Dieter Emig und **Gabi Schiller**
Hebelstr. 13 · 76133 KA · Tel.: 29 15 5, Fax: 29 15 6
Mo- Do 9 -13, Fr 9 -12 Uhr, gruene@fraktion.karlsruhe.de

GEMEINDERATSMITGLIEDER:

Klaus Stapf (*Fraktionssprecher*) (Wirtschaft, Arbeit, Verwaltung, Finanzen, Sport, Umwelt), Amthausstr. 22, 76227 KA
Tel.: geschäftl. 40 94 -296, privat 40 32 35

Bettina Lisbach (*stellvertretende Fraktionssprecherin*) (Gesundheit, Umwelt, Natur- u. Tierschutz, MigrantInnen, Verkehr) Amthausstr. 33, 76227 Karlsruhe, Tel. 94 18 45 7

Michael Borner (Soziales, Wohnen)
Brauerstr. 45, 76137 KA, Tel. 12 05 291

Dr. Dorothea Polle-Holl (Frauen, Jugend, Soziales, Schule) Willi-Egler-Str. 14, 76189 Karlsruhe, Tel. 57 41 48

Andreas Ruthardt (Wirtschaft u. Arbeit, Sport, Energie, MigrantInnen) Friedrichstr. 67, 76229 KA, Tel. 48 20 38

Ute Schulze-Harzer (Kultur, Wirtschaft / Arbeit)
Westmarkstr. 59a, 76227 Karlsruhe, Tel. 94 40 213

Anne Segor (Stadtentw., Kultur, Frauen, Schule)
Lebrechtstr. 28 76199 Karlsruhe Tel. 88 34 20

Tim Wirth (Bauen, Verkehr, Soziales)
Sophienstr. 158, 76135 Karlsruhe, Tel. 82 65 70

ORTSCHAFTSRAT DURLACH:

Winnie Kratzmeier-Fürst
Badenerstr. 43B 76227 Karlsruhe, Tel. 40 68 38

Ralf Köster, Säckinger Str. 10, 76227 KA, Tel. 49 49 89

Dietmar Maier Im Blumenwinkel 56, 76227, Tel. 94 14 96 1

Dr. Heike Puzicha-Martz
Hildebrandstr. 31a, 76227 Karlsruhe, Tel. 49 43 98

Dr. Ulrich Wagner, Lörracherstr. 4, 76227 KA, Tel. 40 15 40

ORTSCHAFTSRAT GRÖTZINGEN:

Karl Berger, Durlacher Str. 62 · 76229 KA · Tel. 48 17 20

Birgit Hauswirth-Metzger, Im Jäger 19,76229,Tel 55 41 24

Alexandra Knöbl, Im Brühl 7, 76229 KA, Tel. 48 30 54

ORTSCHAFTSRAT NEUREUT:

Klaus Junker, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

Bei Unzustellbarkeit oder Mängeln in der Anschrift,
Anschriftenberichtigungskarte senden an:
GRÜNE, Sophienstr. 58, 76133 Karlsruhe

GRÜNES BÜRO - REGIONALBÜRO Mittl. OBERRHEIN:

Dr. Ute Leidig

Sophienstr. 58 · 76133 Karlsruhe
Tel.: 20 31 23 2 · Fax.: 20 31 23 4
kv.karlsruhe@gruene.de www.gruene-karlsruhe.de
Sprechzeiten Mo, Mi, Do 9-12 Uhr und Mi 18 -20 Uhr

BANKVERBINDUNG:

GRÜNE Karlsruhe, Konto 80 33 44 13 00, BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank eG

KREISVORSTAND:

Sitzung (fast) jeden Mittwoch um 19 Uhr im Grünen Büro

Markus Ryll, Ebertstr. 20, 76137 KA, Tel. 8 20 05 46

Michael Gast (Verkehr, Städtebau und Migration),
Karlst. 93, 76137 KA, Tel. 9 37 40 43

Sabine Just-Höpfinger (Umweltschutz, erneuerbare Energien, Anti-AKW), Am Sixenrain 7, 76199 KA, Tel. 88 60 44

Tanja Kluth (Migration, Frauen, Arbeit, Tierschutz),
Reichenbachstr. 12, 76227 KA, Tel. 0170-1618435

Thomas Krause (Kassierer), Welschneureuter Str. 23,
76149 KA, Tel. 78 14 82

Anke Weidlich (Energie, Wirtschaft, Hochschule),
Hirschstr. 25, 76133 KA, Tel. 17 47 86 5

Arbeitskreise:

AK FRAUEN: Dorothea Polle-Holl · Tel. 57 41 48

AK Lesben und Schwule: Michael Gast, Tel. 9 37 40 43

AK Verkehr: Tim Wirth Tel. 82 65 70, Joh. Honné Tel. 856436

Grüne Jugend:

sprecher@gruene-jugend-karlsruhe.de

Anna-Kathrin Wesolowski, Adalbert-Stifter-Str. 2, 76199 KA

Lars Kirchberg, Reinmuthstr. 8, 76187 KA, Tel. 5 31 60 32

ORTSVEREIN Durlach:

Martin Pötzsche, Bleichstr. 13, 76227 KA, Tel. 49 16 52

Tanja Kluth, Reichenbachstr.12,76227 KA, Tel. 49 22 74

Dr. Hildegund Brandenburg, Badenerstr. 21, Tel. 42 89 8

Gerhard Stolz (Kasse) Eckhardstr. 21, 76227, Tel. 49 4323

ORTSVEREIN Neureut:

Klaus Junker, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

ORTSVEREIN Rüppurr · Weiherfeld · Dammerstock:

Matthias Voigt, Seewiesenäckerw. 57, 76199,Tel. 9890361

Uschi Blombach, Seewiesenäckerw. 31,76199,Tel. 8302281

Eva-Elisabeth Herold

Am Rüppurrer Schloß 5, 76199 KA, Tel. 88 34 01